

Büro Ortsvorsteher
Ortsverwaltung Mainz-Finthen
Am Obstmarkt 24
55126 Mainz-Finthen

19.11.2023

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten:

1. Ob und ggf. wie weit die Stadt mit dem Bistum Mainz bei der Umgestaltung bzw. Umwidmung von Immobilien der römisch-katholischen Kirche in Folge der Reform der Pfarreien abstimmt.
2. Ob Ausgleichsmaßnahmen geplant sind, den zu erwartenden Verlust von sozialen Räumen auszugleichen.

Begründung

In der Pfarrversammlung vom 16. November 2023 wurden die Bürgerinnen und Bürger von Finthen über den aktuellen Planungsstand der Zusammenlegung der römisch-katholischen Pfarreien im Nordwesten von Mainz (Mainz-Mombach, Mainz-Finthen, Mainz-Gonsenheim und Budenheim) informiert: Unter anderem soll ca. 40% des Immobilienbestandes an Gemeindeflächen der bisherigen Pfarreien abgegeben werden; diese Vorgabe stammt vom Bischöflichen Ordinariat.

Hiervon wäre die örtliche Gemeinschaft im Stadtteil Finthen als Ganzes betroffen, da derzeit Räumlichkeiten der Pfarrei für die Jugendarbeit, einschließlich einer Bücherei für Kinderbücher, als Proberäume für den örtlichen Chor und Orchesterverein und als Veranstaltungsraum genutzt wird. Insoweit übernimmt hier die römisch-katholische

Pfarrei Mainz-Finthen bisher Aufgaben der Daseinsvorsorge, die auch kommunale Aufgaben sind. So hat der Stadtteil Finthen, im Gegensatz zu einigen anderen Stadtteilen, keine Stadtteilbücherei. Probe- und Veranstaltungsräume für Vereine sind auch kaum vorhanden. Die Zahl von Gaststätten mit solchen Räumen ist in den letzten 20 Jahren drastisch zurückgegangen. Die Räume des Bürgerhauses sind aus Kostengründen für Vereine nicht als regelmäßige Proberäume geeignet. Aus vorgenannten Kostengründen und aus logistischen Gründen sind die Räume des Bürgerhauses auch nicht für private Feiern geeignet.

Da derzeit die Planungen von Seiten der römisch-katholischen Kirche noch nicht abgeschlossen sind, ist daher noch eine gemeinsame Zukunftsplanung für den Stadtteil Finthen möglich. Die Möglichkeit zu gemeinsamen Aktivitäten ist für die Bildung einer Gemeinschaft notwendig, so dass diese Möglichkeiten erhalten werden müssen. Daher ist hier städtische Handeln geboten.

Jörg Manthe, FDP